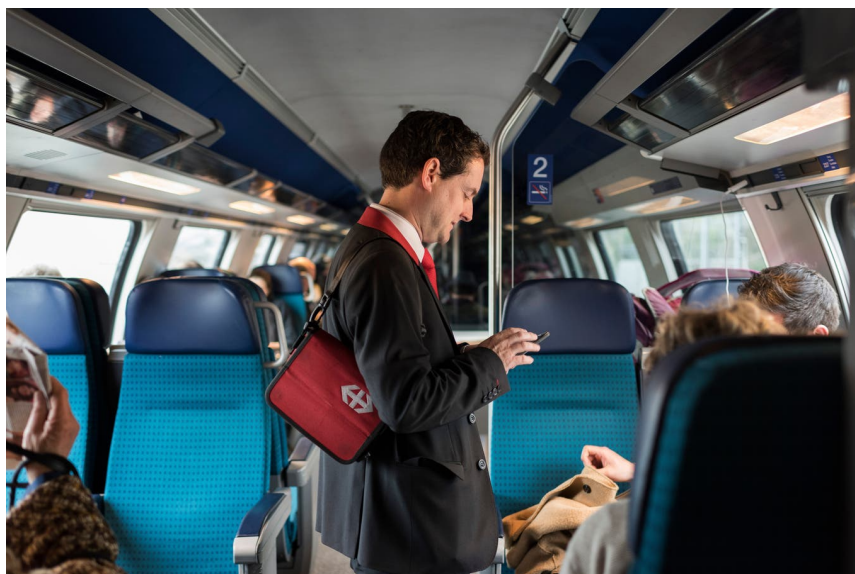


Die SBB brüskieren die Gewerkschaften

Lohnverhandlungen der Bahn mit den Gewerkschaften scheitern. Die SBB gelangen ans Schiedsgericht und verärgern die Sozialpartner.

Andreas Schmid

19.12.2020, 21.45 Uhr



Ein SBB-Kondukteur im Dienst.

Christian Beutler / Keystone

Die SBB müssen sparen, die Corona-Krise hat ein grosses Loch in ihre Kasse gerissen. Allein im ersten Halbjahr 2020 fuhr die Bahn 479 Millionen Franken Verlust ein. Die Aussichten bleiben trüb, die Züge werden auch in nächster Zeit nicht ausgelastet sein wie früher.

Zur Senkung der Kosten soll auch das Personal beitragen, etwa indem es auf zwei Ferientage und eine individuelle Lohnerhöhung verzichtet. Weil sich die Gewerkschaften und die SBB in den Verhandlungen nicht hatten einigen können, rief die Firma das Schiedsgericht an. Dieses neutrale Gremium kann in Streitfällen beigezogen werden, was aber bisher nur selten vorkam. Die SBB hätten allerdings diesmal von Anfang an mit dem Schiedsgericht gedroht, sagen Gewerkschafter.

Das Vorgehen der Bahn irritiert die Sozialpartner trotzdem, denn sie zeigen sich kompromissbereit: Die Angestellten sollen einen Sparbeitrag leisten. Dies, obwohl sich das Personal während der Corona-Zeit stets hundertprozentig eingesetzt habe, hält der Lokomotivführer-Verband fest. Man habe Verständnis für die angespannte Situation, heisst es in einem internen Dokument. Die vorgeschlagenen Massnahmen der SBB träfen aber vor allem die Jungen und die Neueinsteiger und hätten für sie einschneidende Lohneinbussen zur Folge.

Barbara Spalinger, Vizepräsidentin der Eisenbahngewerkschaft SEV, sagt, das Personal erwarte, dass die Konzernleitung vorangehe und freiwillig auf einen Teil ihrer variablen Lohnkomponente verzichte. Die Angestellten seien zu Konzessionen bereit. «Der SEV hat den SBB nun ein neues Gesprächsangebot unterbreitet, obwohl diese bereits das Schiedsgericht eingeschaltet haben.» Das sei wohl vorsorglich geschehen, weil es nur innerhalb einer bald ablaufenden Frist möglich sei, erklärt Spalinger.

Die SEV-Vertreter haben sich darauf geeinigt, das letzte Angebot der SBB vor Gesprächsabbruch zu akzeptieren, falls die Firma einwilligt, den seit 2018 geltenden Gesamtarbeitsvertrag um drei Jahre zu verlängern.

Die Bahn lässt den Verhandlungsabbruch, den Gang ans Schiedsgericht und die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Gespräche unkommentiert: Zu laufenden Verhandlungen äusserten sich die SBB nicht, sagt Sprecher Martin Meier.

In einer ähnlich vertrackten Situation waren die Verhandlungen über einen neuen Gesamtarbeitsvertrag bei Postauto abgebrochen worden. Wegen exorbitanter Forderungen der Gewerkschaft Syndicom habe der Arbeitgeber die Gespräche gestoppt, begründete Postauto im Oktober den Entscheid. Dieser Streit ist jedoch inzwischen beigelegt.

Die beiden Seiten haben sich wieder an einen Tisch gesetzt. «Nach intensiven Gesprächen haben sich die Sozialpartner geeinigt und eine Verlängerung des jetzigen Gesamtarbeitsvertrags um ein Jahr vereinbart», sagt Postauto-Sprecher Ben Kuchler. So sei ein vertragsloser Zustand abgewendet worden. Die geltende Vereinbarung läuft am 31. Dezember aus.

Die Angestellten profitierten künftig zusätzlich von Errungenschaften aus dem neuen Gesamtarbeitsvertrag der Post. Laut Kuchler wird etwa der Vaterschaftsurlaub auf vier Wochen verlängert, und Frauen können nach der Geburt eines Kindes über den 18-wöchigen Mutterschaftsurlaub hinaus sechs Wochen unbezahlt freinehmen. Dies sei eine gute Basis für die bald beginnenden Verhandlungen über einen neuen, ab 2022 geltenden Gesamtarbeitsvertrag, betont Kuchler.

Syndicom-Sprecher Matthias Loosli stimmt zu: Stabilität sei gewährt. «Die Arbeitsbedingungen sind vorläufig abgesichert.»

Mehr zum Thema



Mit Daten dieses Startups wollen die SBB ihre Züge diskret überwachen

Das Jungunternehmen Eden Senses wurde erst im Frühling gegründet und ist dank der Pandemie explosionsartig gewachsen. Jetzt muss es sich von Corona emanzipieren.

Moritz Kaufmann

Nur für Sie

--	--	--	--